



OKTOBER 2022

№ 4 67. JAHR

JAB 2518 NOOS

WWW.UNITERRE.CH

PROBLEME UND LÖSUNGEN
Bäuerinnen und Bauern vor unlauteren Handelspraktiken
schützen

DAS BERGELL
Eine Talschaft kämpft ums Überleben

GENTECHNIK
bei Tieren

WARNRUF
Offener Brief an die EU

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG

VOLLE KRAFT VORAUS!

EDITORIAL

KATHARINA SCHATTON UND ALBERTO SILVA
UNITERRE

Ein neues schlagkräftiges Duo hat die Posten von Michelle Zufferey und Mathias Stalder im Sekretariat von Uniterre übernommen. Dossiers von enormer Wichtigkeit warten auf uns: Die Einreichung von parlamentarischen Initiativen, in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Gruppe für Ernährungssouveränität (siehe Seite 3), die Umsetzung der Erklärung über die Rechte von Bauern und Bäuerinnen und anderen in ländlichen Gebieten tätigen Personen (UNDROP) in der Schweizer Innen- und Aussenpolitik sowie die Entwicklung einer Sensibilisierungskampagne für faire Preise und transparente Wertschöpfungsketten, die im April 2023 am internationalen Kampftag der Bäuerinnen und Bauern gestartet werden soll.

Der Kompass, der unsere Aktionen leiten wird, ist die Grundlage unserer Organisation: die Verteidigung der Rechte der Bauern und Bäuerinnen, die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Sicherheit der Produzentinnen und Produzenten und die Verteidigung einer bürgernahen, solidarischen, vielfältigen, menschen-, tier- und umweltfreundlichen Landwirtschaft. Im Bereich Landwirtschaft und Nahrungsmittel ist das Kräfteverhältnis zunehmend unausgeglichener: Auf der einen Seite kontrollieren die orangen Riesen der Grossverteilung 80% des Schweizer Marktes, verfügen über eine enorme Verhandlungsmacht und entwickeln unfaire Geschäftspraktiken.

Auf der anderen Seite sind eine faire und gerechte Entlohnung der bäuerlichen Arbeit, also Preise, die die Produktionskosten decken, die ersten Schritte zum Aufbau nachhaltiger Agrarsysteme. Aber ohne die Schaffung transparenter landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten können wir sie nicht erreichen. Die Preisgestaltung für landwirtschaftliche Lebensmittel entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist nach wie vor ein sehr undurchsichtiges Element. Transparenz ist von entscheidender Bedeutung, da sie es den Konsumentinnen und Konsumenten ermöglicht, alle notwendigen Informationen zu erhalten, um fundierte Entscheidungen zu treffen. Dies dient auch den Produzentinnen und Produzenten, um von ihrer Produktion würdig leben zu können. Der „freie“ Markt funktioniert nicht und lässt die bäuerliche Bevölkerung auf Kosten von Grossunternehmen verarmen. Für Millionen von Bauern und Bäuerinnen hier und anderswo ist die unsichtbare Hand deutlich sichtbar und die Freihandelsverträge haben verheerende Folgen.

Denn unser Essen - lokal, gesund und qualitativ hochwertig - ist mehr wert als die Profite einiger multinationaler Konzerne! Landwirtschaft geht uns alle an! Wir könnten all diese Arbeit nicht ohne die Unterstützung unserer bäuerlichen Basis leisten. Die kollektive Mobilisierung ist entscheidend, um unsere Forderungen durchzusetzen. Konsumentinnen und Konsumenten, Produzentinnen und Produzenten, alle zusammen: Fordern wir faire Preise, transparente Produktionsketten und die Achtung der Rechte der Bäuerinnen und Bauern für eine wirklich nachhaltige Landwirtschaft. •



IM BERGELL

Siehe dazu den Artikel von Maurus Gerber auf S.4

Titelfoto: Schafherde auf Sizilien
Fotos S. 4,5: Kleinräumige Landwirtschaft auf Sizilien

DAS PROBLEM MIT DEN PREISEN UND DEN GROSSEN HANDELSKETTEN

In der Schweiz produzieren rund 50.000 landwirtschaftliche Betriebe die Lebensmittel für die Bevölkerung unseres Landes. Den Bauern und Bäuerinnen stehen wenige, dafür aber umso mächtigere Verarbeiter, Verteiler und Einzelhändler gegenüber. Die bäuerliche Landwirtschaft steht daher ständig unter starkem Druck. Die Produzentinnen und Produzenten sind gezwungen, immer höhere Erträge zu erzielen, was den Druck auf ihr Einkommen und das ihrer Angestellten erhöht. Die beiden orangen Riesen und ihre Tochterunternehmen kontrollieren 80% des nationalen Einzelhandels, auch als Eigentümer und/oder Anteilseigner von Lager- und Verarbeitungsbetrieben. Ihr Gewicht in den Verhandlungen ist daher sehr gross. Landwirtschaftliche Produzentinnen und Produzenten können sich den Luxus, die Einkaufsbedingungen für ihre Produkte auszuhandeln, kaum leisten, da es eigentlich keine Alternativen gibt, um ihre Waren abzusetzen.

DIE DURCHSCHNITTlichen LANDWIRTSCHAFTlichen EINKOMMEN sind in den letzten Jahren zwar gestiegen, aber von einem sehr niedrigen Niveau aus und nur zugunsten grosser industrieller Betriebe. Eine solche Politik steht im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Versorgung und eines nachhaltigen Ernährungssystems. Einträgliche Preise sind eine unabdingbare Voraussetzung dafür: keine nachhaltige Landwirtschaft ohne die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Bauern und Bäuerinnen! Es ist daher notwendig - um nicht zu sagen sehr dringend -, ihren Schutz zu verbessern und verbindliche Regeln zu implementieren, die unfaire Handelspraktiken verbieten, denen die Landwirtinnen und Landwirte immer wieder zum Opfer fallen. Die neoliberale Politik schützt die Profite der Grossunternehmen auf Kosten der Menschen, die Lebensmittel produzieren.

FAIRE, REALISTISCHE UND UMSETZBARE LÖSUNGEN. Wir haben beschlossen, zwei parlamentarische Initiativen (Infokasten rechts) einzureichen, in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Gruppe für Ernährungssouveränität (IPSA), deren Sekretariat Uniterre betreut.

DAS ZIEL dieser beiden parlamentarischen Initiativen ist einfach: Sie sollen dazu beitragen, ein völlig unausgewogenes Kräfteverhältnis wieder ins Gleichgewicht zu bringen, in welchem aktuell die grossen Handels- und Wirtschaftsakteure ein übermässiges Gewicht in den Verhandlungen besitzen, in dem es unfaire Handelspraktiken gibt und die Bauern und Bäuerinnen nicht über die rechtlichen und finanziellen Mittel verfügen, um diese unfairen Praktiken, die zu ihrem Nachteil durchgeführt werden, anzufechten.

MARKTBEOBSCHTUNG: MEHR TRANSPARENZ BEI DEN MARGEN! Die Gewinnspannen der grossen Einzelhandelsunternehmen bei landwirtschaftlichen Produkten sind nach wie vor unklar, insbesondere bei verarbeiteten Produkten. Laut Artikel 27 des Landwirtschaftsgesetzes ist der Bundesrat jedoch verpflichtet, eine Beobachtungsstelle für den Agrarmarkt auf verschiedenen Ebenen, von der Produktion bis zum Konsum, einzusetzen. Diese Aufgabe wird derzeit vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) wahrgenommen. In einer Verordnung aus dem Jahr 1998 legt der Bundesrat zudem fest, dass die Marktteilnehmenden verpflichtet sind, der Beobachtungsstelle relevante Daten zu liefern. Das heisst, die Transparenz ist hier mangelhaft. Die erste parlamentarische Initiative fordert daher eine Erweiterung der Marktbeobachtungsstelle des BLW, die Abhilfe schaffen soll. Ziel ist

KATHARINA SCHATTON
SEKRETÄRIN UNITERRE

ALBERTO SILVA
SEKRETÄR UNITERRE UND GEMÜSEBAUER

es, Transparenz über die Preisbildung, die Gewinnspannen und die Kosten entlang der Lebensmittelkette zu schaffen, was zu lohnenden Preisen für die Produzentinnen und Produzenten führen wird. Diese Informationen werden nicht nur allen Marktteilnehmenden, sondern auch der breiten Öffentlichkeit zugänglich sein. Die Lebensmittelpreise im Laden steigen unaufhörlich, während der an die Produzentinnen und Produzenten gezahlte Preis unverändert bleibt oder sogar tendenziell sinkt und die von den Grossverteilern erzielte Marge dennoch bis zu 50% des Endpreises betragen kann, wie die letzten journalistischen Untersuchungen von Le Temps oder Heidi.news gezeigt haben. Diese Situation erlaubt es den Bauern und Bäuerinnen nicht, in Würde von ihrer Produktion zu leben.

OMBUDSMANN: LANDWIRTSCHAFTLICHEN UND LANDWIRTE VOR UNLAUTEREN HANDELSPRAKTIKEN SCHÜTZEN. Zahlungen unterhalb der Produktionskosten oder zu späte Zahlungen, die Verpflichtung, an Werbeaktionen grosser Einzelhändler teilzunehmen, oder kurzfristige Stornierungen von Bestellungen: All dies und noch viel mehr sind unfaire Geschäftspraktiken. Die Produzenten und Produzentinnen befinden sich in der Position, Vorauszahlungen leisten zu müssen, Risiken einzugehen und Ernteauffälle in Kauf zu nehmen. Sie sind die verwundbarste Gruppe in der Wertschöpfungskette und müssen sich daher gegen solche Praktiken wehren können. Der Bundesrat ist der Meinung, dass es keinen Handlungsbedarf gibt (Antwort auf die Interpellation von Meret Schneider, Dezember 2021). Uniterre weiss es besser: Wir kennen viele Beispiele für unfaire Handelspraktiken. Das Problem ist klar: Es braucht ein Instrument, das es den Produzentinnen und Produzenten ermöglicht, solche Praktiken einfach und anonym anzuzeigen, ohne danach von einem Handelspartner benachteiligt zu werden.

DAS IST DAS ZIEL DER ZWEITEN INITIATIVE: Eine unabhängige Stelle soll eingerichtet werden, um Verstösse gegen unlautere Geschäftspraktiken zu dokumentieren und gegebenenfalls Unternehmen, welche solche Praktiken anwenden, zu bestrafen. Sie sollte eng mit der Marktbeobachtungsstelle zusammenarbeiten und unter anderem dafür sorgen, dass produktionskostendeckende Preise angewandt werden. Der liberale Markt allein reicht nicht aus, um den Landwirtinnen und Landwirten unseres Landes kostendeckende Preise zu garantieren. Dies führt zu einer starken Unsicherheit bei dieser Bevölkerungsgruppe, deren Arbeit für die Ernährungssouveränität unseres Landes von entscheidender Bedeutung ist. Dieser Ombudsmann wird als Mediator im Bereich Landwirtschaft und Lebensmittel einen besseren Schutz der Rechte der Bauern und Bäuerinnen ermöglichen, indem er ein besseres Gleichgewicht der Kräfte gewährleistet.

UMSETZUNG DER UNDROP. Im Jahr 2018 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen (einschliesslich der Schweiz) die Erklärung über die Rechte von Bauern und Bäuerinnen und anderen in ländlichen Gebieten tätigen Personen (UNDROP). Diese Erklärung ist ein wichtiger Schritt, um die Rechte von Bäuerinnen und Bauern zu stärken und zu respektieren. Nun geht es darum, sie in unserer nationalen Gesetzgebung umzusetzen. Die beiden eingereichten Initiativen gehen eindeutig in Richtung einer schnellen Umsetzung dieser Erklärung, die die Bedeutung fairer Preise hervorhebt. Denn laut Artikel 2, Absatz 5 „werden die Staaten alle erforderlichen Massnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass nichtstaatliche Akteure [...] die Rechte von Bauern und anderen in ländlichen Gebieten tätigen Personen achten und stärken“. Die Einführung des Ombudsmannes ist ein wichtiger Schritt hin zu einem besseren wirtschaftlichen Schutz der Bäuerinnen und Bauern in der Schweiz.

Schliesslich zielt die hier vorgeschlagene Ausweitung der Marktbeobachtungsstelle darauf ab, Artikel 16 Absatz 1 zu stärken: „Bauern und Bäuerinnen und andere in ländlichen Gebieten tätige Personen haben das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und ihre Familien“ sowie Absatz 2: „Die Staaten werden Massnahmen ergreifen, um den Zugang der Bauern und Bäuerinnen zu Einkommen auf regionaler und lokaler Ebene zu fördern. [...] die erforderlich sind, um ihre Produkte auf lokalen, regionalen und nationalen Märkten zu Preisen zu verkaufen, die ihnen ein angemessenes Einkommen und einen angemessenen Lebensunterhalt sichern“.

Wir bemerken anhand der Darstellung dieser wenigen Artikel des UNDROP die zentrale und entscheidende Rolle des Staates, der als einziger in der Lage ist, die Tätigkeit grosser Unternehmen zu regulieren. Wenn wir darauf warten müssten, dass diese dies auf freiwilliger Basis tun, kann es sein, dass dies nie geschehen wird! Verteidigen wir unsere Landwirtinnen und Landwirte mehr denn je gegen unfaire Geschäftspraktiken grosser Wirtschaftsunternehmen und garantieren wir ihnen einen würdigen Lebensstandard. Andernfalls laufen wir Gefahr, dass noch mehr Bauernhöfe verschwinden und damit die Ernährungssouveränität der Schweiz leiden wird.

Während diese Zeilen geschrieben werden, sind die parlamentarischen Initiativen noch in Bearbeitung und werden während der Herbstsession (Ende September) eingereicht. Wir werden euch auf jeden Fall weiter auf dem Laufenden halten. •

WAS IST EINE PARLAMENTARISCHE INITIATIVE?

Die parlamentarische Initiative ist das mächtigste Mittel, um dem Parlament einen Vorschlag zur Änderung eines Gesetzes zu unterbreiten. Im Fall von Uniterre sind es die Mitglieder der IPSA, die während einer Sitzung parlamentarische Initiativen einreichen. Die Initiativen werden direkt bei der zuständigen Kommission eingereicht, in unserem Fall bei der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK). Wenn die Kommissionen des National- und des Ständerats der Initiative Folge geben, wird sie beiden Kammern zur Abstimmung vorgelegt.

BERGELL, EINE TALSCHAFT KÄMPFT UMS ÜBERLEBEN. STRUKTUREN UND NÖTE EINER RANDREGION

MAURUS GERBER
PRÄSIDENT UNITERRE

Das Bergell ist das Bündner Südtal ennet des Malojapasses, das vor fünf Jahren wegen des Bergsturzes am Piz Cengalo und des Murganges von Bondo schweizweit in die Schlagzeilen geriet. Die seit 2010 fusionierte Talschafts-Gemeinde Bregaglia zählt rund 1500 Einwohner und lebt vornehmlich von Landwirtschaft und Tourismus.

AGRARSTRUKTUR

- 584 ha Landw. Nutzfläche in der Bergzone III und IV, davon
- über 50 % Biodiversitäts-Förderflächen (im Vernetzungsprojekt)
- 81 ha Trockenwiesen
- 154 ha Wiesen und Weiden mit Qualitätsstufe II
- Starke Parzellierung
- Maiensässe (Monti) und Alpen sind kaum erschlossen, Stufenwirtschaft beherrscht die Agrarstruktur.
- Flaches Land ist rar. Die zum Teil extremen Hanglagen und starker Walddruck erfordern viel Handarbeit.
- 26 Landwirtschaftsbetriebe. Dort, wo sie noch ansteht, ist die Betriebsnachfolge gesichert, und die Betriebsleiter sind hoch motiviert.

Die Betriebe sind kaum vergrösserbar (keine Auslaufbetriebe, punkto Arbeitskraft sind die Betriebe eh schon am Limit). Das offizielle Credo „Wachse oder weiche!“ ist hier darum nicht umsetzbar.

AGRARPOLITIK. Bei den Direktzahlungen pro Betrieb liegen die Betriebe der Talschaft rund 1/3 unter dem kantonalen Durchschnitt. In Sachen Landschaftsqualität bestünde ein riesiges Aufstockungspotenzial, welches indes durch eine Obergrenze pro Betrieb ausgebremst wird. Viele Schablonen der Verwaltung sind aufgrund der örtlichen Verhältnisse nicht oder nur bedingt anwendbar (z.B. Renaturierung von Fliessgewässern). Eine Gesamtmelioration inklusive Parzellen-, Monti- und Alperschliessungen scheitert an den vorgegebenen Normen (Mindestbreiten für Erschliessungswege), die angesichts der Strukturen vor Ort, der Topografie und der Platzverhältnisse überdimensioniert erscheinen. Doch ohne Respektierung dieser Normen keine Subventionen. Auch in der Umsetzung der neuen Gewässerschutz-Richtlinien stossen die neuen Vorgaben punkto Mistplatten, Mistlagerplätze bei der konkreten Umsetzung an die Grenzen punkto:

- Extrem enge Platzverhältnisse in den Dörfern
- Ortsbild
- Stufenwirtschaft => mehrere Ställe pro Betrieb, die alle regelkonform sein sollten!
- Topographie (Erhalt des wenigen flachen Landes)
- Wegdistanzen und zusätzliche Emissionen bei allfälligen Gemeinschaftsprojekten

REGIONALPOLITIK. Seit der Gemeindefusion läuft die Reorganisation der Verwaltungsstrukturen. Im Bereich Landwirtschaft bildet insbesondere die Harmonisierung der diversen Alpstrukturen einen grossen Knackpunkt. Für die bestehende Talmetzgerei konnte dieses Jahr eine zukunftsfähige Lösung gefunden werden, während die Frage der Talkäserei immer noch einer Lösung harret. Die Talschaft sucht sich die Mittel zu geben für eine langfristige Perspektive: Politik, Landwirtschaft und Tourismus planen einen gemeinsamen Auftritt, ein gemeinsames Marketing, um alle möglichen Synergien nutzen zu können. Dazu besteht ein reger Austausch mit der Val Poschiavo, welche diesbezüglich schon wesentlich weiter ist.

FAZIT: Die Bauern der Talschaft sind ratlos und fühlen sich mit ihren Problemen von Verwaltung und Politik weitgehend allein gelassen. Sie wünschten sich mehr Flexibilität in der Agrar- und in der Regionalpolitik. Standortgerechte Bewirtschaftung, und Kulturgüterschutz sollten vermehrt in den Mittelpunkt gestellt werden können. Die Landwirtschaft des Tales ist im gesamtschweizerischen Vergleich zwar wenig produktiv, für ein langfristiges Überleben der Strukturen in Politik und Tourismus ist sie jedoch unabdingbar. Für die Ausarbeitung und Lancierung eines regionalen Entwicklungsprojektes, um ein Maximum an Wertschöpfung im Tal zu behalten, fehlt den Landwirten jedoch die nötige Zeit und Energie, sowie eine Kraft, die ein solches Projekt koordiniert und vorantreibt. •

LIBERA TERRA WEINE MIT DEM GESCHMACK DER REVOLUTION

VANESSA RENFER
BÄUERIN UND SEKRETÄRIN UNITERRE

In Sizilien und mehreren Regionen Süditaliens haben sich Genossenschaften entwickelt, die bislang von der Mafia kontrolliert wurden. Mit den Werten Gerechtigkeit, Umweltschutz und Fairness bieten sie typische regionale Produkte an, die nach den Richtlinien der biologischen Landwirtschaft angebaut und verarbeitet werden.

WEINE, ZITRUSFRÜCHTE, MOZZARELLA DI BUFALA - der Produktkatalog von Libera Terra riecht nach einem Urlaub in Italien. Die Entstehung dieser Kooperativen war jedoch alles andere als ein Vergnügen, vielmehr eine düstere Geschichte von Gewalt, Korruption und Abrechnung. Libera Terra, „befreites Land“, ist die Geschichte eines Volkes, das sich gegen diese Gewalt auflehnt und einen Weg findet, das zurückzugewinnen, was sich mafiöse Gruppen unrechtmässig angeeignet hatten. Die Geschichte erzählt uns Maurizio Spallaccini, der Vorsitzende des Vereins Colonia Libera Italiana in Neuchâtel.

EIN WENIG GESCHICHTE. Im Jahr 1982 führte das von Pio La Torre, einem Bauern und Mitglied der Kommunistischen Partei, vorgeschlagene La-Torre-Gesetz eine neue Art von Verbrechen, die mafiöse Verschwörung, in das italienische Rechtssystem ein. Das Gesetz ermöglichte es den Gerichten, das Eigentum von Personen, die einem Mafia-Netzwerk angehörten, zu beschlagnahmen und einzuziehen. La Torre wird wenige Monate vor der Verabschiedung des Gesetzes von der Mafia ermordet. 1996 wurde das Gesetz weiterentwickelt und damit der Beschlagnahmung von Vermögenswerten eine Dimension der sozialen Gerechtigkeit verliehen. Das Gesetz 109 vom 7. März 1996 schreibt vor, dass eingezogene Vermögenswerte für Projekte verwendet werden müssen, die dem Gemeinwohl dienen und den Nachweis erbringen, dass es möglichst ist, in einem legalen Rahmen zu funktionieren.

KULTUR DER LEGALITÄT. Wenn es sich bei dem beschlagnahmten Eigentum also beispielsweise um ein kleines Unternehmen, ein Geschäft oder einen landwirtschaftlichen Betrieb handelt, wird die Verwaltung des Eigentums nach Möglichkeit den Angestellten übertragen, die von nun an als Genossenschafterinnen und Genossenschafter agieren. Eines der wichtigsten Ziele dieser Umstrukturierung ist es, Konkurse so weit wie möglich zu vermeiden, um nicht dem Mafia-System recht zu geben. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass dies möglich ist. Aktuell konnten zum Beispiel beschlagnahmte Wohngebäude zur Notunterbringung von Flüchtlingsfamilien aus der Ukraine genutzt werden.

BEI LANDWIRTSCHAFTLICHEN GENOSSENSCHAFTEN ist die Einhaltung guter sozialer Bedingungen wichtig, aber der Wert der angebotenen Produkte ist ebenso wichtig, wenn nicht sogar noch wichtiger. Der ökologische Landbau wird stark gefördert und die Produkte müssen gut sein. Indem diese Genossenschaften ein Beispiel für ein funktionierendes System geben, fördern sie den Kampf gegen mafiöse Handlungen jeglicher Art. Die autochthonen Rebsorten werden gerne hervorgehoben und Qualität geht vor Quantität.

WENN DIE GÜTER BESCHLAGNAHMT WERDEN, bleiben sie in 80% der Fälle Eigentum der Gemeinden. Wenn die Beschäftigten jedoch nachweisen, dass die Immobilie instandgehalten wird und eine legale und angemessen bezahlte Arbeit ermöglicht, können die Gemeinden die Güter den Unternehmen kostenlos übergeben. Auf diese Weise wird die Kultur der Legalität und die Kultur im Allgemeinen verbreitet, und dies sind die mächtigsten Mittel zur Bekämpfung der Mafia-Kriminalität.

ZUSAMMENGEFASST HEISST DAS, dass der Verkauf von Produkten wichtig ist, aber noch wichtiger ist, dass der Verkauf mit einer Botschaft sozialer Gerechtigkeit und Bildungsprojekten einhergeht. Ein konkretes Beispiel, an dem wir uns alle orientieren können, wenn wir Direktvermarktung machen oder über einen Grosshändler verkaufen. •

MEHR INFORMATIONEN:
www.liberaterra.it
www.chance.international





DER AUFschwUNG DER GENOM-EDITIERUNG. GENTECHNIK BEI TIEREN

LUIGI D'ANDREA
GESCHÄFTSFÜHRER FÜR DIE ALLIANZ FÜR EINE GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT

Es ist nun 40 Jahre her, dass ein Wirbeltier zum ersten Mal gentechnisch verändert wurde. Seitdem sind Millionen weitere gefolgt – sei es als potenzielle Nahrungsquelle bei der Auswahl zur Zucht von Fischen und von Nutztieren, als Tiermodelle von Krankheiten für die biomedizinische Forschung, als mögliche Organspender bei Xenotransplantation oder als Bioreaktoren für die Herstellung von Arzneimitteln. Aber die Bilanz von 40 Jahren Gentechnik ist im Vergleich zu den Versprechen bisher recht mager; die Erfolge waren oft gering oder gar nicht vorhanden.

DIE ENTDECKUNG DER GENETISCHEN SCHERE CRISPR/CAS gab der Förderung biotechnologischer Anwendungen bei Tieren einen neuen Anstoss. Im Vergleich zur klassischen Gentechnik, macht dieses neue Werkzeug die Erschaffung von gentechnisch veränderten Wirbeltieren (GW) billiger, einfacher, schneller und gezielter. Multiplexing – die gleichzeitige Veränderung mehrerer Gene – wird auch möglich.

NEUE GENTECHNISCHE TECHNIKEN (NGTT) führen zur Begeisterung von Wissenschaft, Forschung und Industrie, es ist die Rede von einem Durchbruch und einem Boom. Die Tiere aus NGTTs (Verfahren welche hier auch „Genom-Editing“ genannt werden) sollten nach Ansicht ihrer Befürworter ermöglichen die Versprechen der Vergangenheit einzuhalten.

IN BEZUG AUF DIE LANDWIRTSCHAFT IST JEDOCH FESTZUSTELLEN, dass die angestrebten Ziele im Vergleich zu denen vor 30 Jahren, als die ersten pflanzlichen GVO aufkamen, unverändert geblieben sind. Ein Bericht der Umweltschutzorganisation Friends of the Earth International kommt zum Schluss, dass das Genom-Editing vor allem zur besseren Anpassung von Nutztieren an die Haltungs- und Produktionssysteme eingesetzt wird, und dies zu einer Zeit, in der der Verbrauch von Fleisch und Milchprodukten gesenkt werden muss, um das Klima, die Artenvielfalt im Allgemeinen und den ökologischen Fussabdruck der Tiere in der Landwirtschaft zu verringern. Pflanzliche und tierische GVO dienen also immer wieder dazu, die Industrialisierung der Landwirtschaft voranzutreiben, indem sie mit einer Privatisierung der genetischen Ressourcen durch Patente gekoppelt sind, die mit diesen veränderten Organismen einhergehen.

IN DER SCHWEIZ VERBIETET DAS GENTECHNIKGESETZ DIE ZÜCHTUNG GENTECHNISCH VERÄNDERTER WIRBELTIERE FÜR LANDWIRTSCHAFTLICHE ZWECKE. Die Industrie und die mit ihr verbundenen Forschungskreise wollen dagegen Produkte, die aus dem Gentechnik-Recht hervorgegangen sind, wie z. B. die CRISPR-Veröffentlichung des Genoms, von den Anforderungen des Gentechnik-Rechts ausnehmen. GV-Tiere würden daher nicht mehr durch das Gentechnik-Gesetz reguliert und entziehen sich der Kontrolle des Gentechnik-Gesetzes. Wenn dies der Fall wäre, könnten die Schweizer Bauernhöfe und Weiden in mehr oder weniger naher Zukunft genetisch veränderte Kühe, Schweine, Ziegen, Schafe und Hühner beherbergen. Ist dies wünschenswert? Seien wir doch realistisch: Für eine Landwirtschaft, die sich für eine Qualitätsstrategie entscheidet, die sich somit als sicher und marktorientiert versteht, ist der Verzicht auf genetisch veränderte Nutztiere die beste Option.

IN UNSEREM THEMENDOSSIER ÜBER GENTECHNISCH VERÄNDERTE TIERE werden einige interessante Aspekte beleuchtet. Warum sind Forschungsprojekte mit GV-Tieren oft erfolglos geblieben? Ändert das Editieren des Genoms mit CRISPR etwas in Zukunft? Welches sind die Risiken und Nebenwirkungen dieser neuen Technologien? Was bedeutet die neue Welle von gentechnisch veränderten Tieren für die Umwelt? Was für die Konsumentinnen und Konsumenten und die Tiere selbst? Diese Fragen werden die künftigen politischen und gesellschaftlichen Debatten bestimmen, in denen die ethischen und rechtlichen Richtlinien für die Verwendung von GV-Tieren ausgehandelt werden. Nebst der Darstellung der globalen Trends geht es auch darum, den Geschehnissen in der Schweiz nachzugehen. Was ist erlaubt, was ist verboten, gibt es Lücken in der Gesetzgebung? Wo müssen neue ethische Massstäbe gesetzt werden? •



DAS DOSSIER KANN HIER KOSTENLOS HERUNTERGELADEN WERDEN:

www.gentechfrei.ch/de/themen/nutztiere/3070-tierstudie

www.gentechfrei.ch > Themen > Nutztiere

LA BERGERIE DE FROIDEVAUX CHERCHE PARTENAIRES POUR SON PROJET COMMUNAUTAIRE.

Ferme communautaire BIO (DYN) dont il ne reste plus qu'une exploitante cherche des partenaires de projet prêts à s'associer et à s'investir sur du long terme. Muni/e/s d'un CFC agricole en production animale serait un plus. Amour des moutons indispensable.

Exploitation agricole avec troupeau de moutons, tannerie et vente directe.

Entourée de collines bordées par le Doubs, la ferme se situe dans un hameau du Clos-du-Doubs (JU).

www.bergeriedefroidevaux.ch



**Bergerie de
Froidevaux**

Handelsabkommen scheinen in Stein gemeißelt und unantastbar. Ideen zu einem gerechteren System gibt es aber schon.

DIE SCHWEIZ MUSS IHRE HANDELSREGELN

RUDI BERLI
GEMÜSEBAUER UND SEKRETÄR UNITERRE

Die landwirtschaftliche Produktion muss aufgewertet werden, um eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft in der Schweiz zu erhalten und zu entwickeln und somit die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Diese Tatsache ist weitgehend akzeptiert. Aber wie soll das geschehen? Was kann und muss in Frage gestellt werden? Uniterre zeigt Handlungsmöglichkeiten und ruft dazu auf, den Druck für eine Änderung der Handelsregeln zu verstärken.

SEIT DEN LETZTEN 25 JAHREN und der Unterzeichnung der verschiedenen Freihandelsabkommen sind die Lebensmittelsysteme und alle handwerklichen Wirtschaftssektoren geöffnet und dem unsinnigen Wettlauf um globale Wettbewerbsfähigkeit ausgesetzt. In der Schweiz sind alle Agrarpreise unter Druck. Aber insbesondere die Preise für Brot- und Futtergetreide, Ölsaaten und Zuckerrüben haben sich fast halbiert. Oder die Schweizer Weinproduktion, die durch eine viel zu hohe Importquote bedroht ist, die nie an die Entwicklung des Konsums angepasst wurde. In anderen Sektoren (Milch, Schweineproduktion) weigert sich der Staat, sich für eine Angebotssteuerung einzusetzen, die den Markt zugunsten möglichst vieler Produzentinnen und Produzenten ins Gleichgewicht bringen würde.

DIE AKTUELLEN KRISEN ERINNERN UNS AN DIE WICHTIGKEIT einer einheimischen Versorgung auf der Grundlage der bäuerlichen Landwirtschaft. Der Rückgang der Produzentenpreise hat sich im Übrigen nicht in niedrigeren Verbraucherpreisen niedergeschlagen, sondern die Profite des Handels und der Finanzspekulant*innen genährt. Der allgemeine Wettbewerb und die Deregulierung führen durch ihre Logik der Senkung der Produktionskosten zur Zerstörung der bäuerlichen Landwirtschaft und der Ökosysteme. Diese Logik, die in den letzten Jahrzehnten durch die Verfügbarkeit billiger fossiler Energie genährt wurde, begünstigt eine Landwirtschaft, die auf Plünderung und der Anwendung industrieller Produktionsmethoden beruht. Dies ist ein Produktionsmodell, das den Planeten bedroht!

DER DRUCK AUF DIE ERZEUGERPREISE, der durch Handelsabkommen, insbesondere das WTO-Abkommen und das Landwirtschaftsabkommen zwischen der EU und der Schweiz, ausgelöst wird, steht daher im Mittelpunkt des Problems der Industrialisierung der Landwirtschaft. Die Auswirkungen dieser Abkommen sind in der Schweiz sehr stark spürbar und bedrohen unsere vielfältige bäuerliche Landwirtschaft, die sich traditionell auf lokal verfügbare Ressourcen stützt. So ist die Zahl der Bauernhöfe von 80.000 im Jahr 1996 auf 48.800 im Jahr 2022 zurückgegangen, während die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft im selben Zeitraum von 225.000 auf 150.000 gesunken ist. Diese Entwicklung in der Landwirtschaft, die mit einer Vergrößerung, Spezialisierung und Mechanisierung der Höfe einhergeht, hat sehr negative Auswirkungen auf das soziale Leben auf dem Land, die Stadt-Land-Beziehung, die Ökosysteme und die biologische Vielfalt. So steht die Logik der erzwungenen Kostensenkung im Mittelpunkt der durch den Produktivismus verursachten Probleme (Emissionen von Stickstoff und anderen Nährstoffen, unnötige Transporte, Futtermittelimporte, Verlust der genetischen Biodiversität von Tieren und Pflanzen durch die Auswahl von Hohertragstypen, Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, Bodenverdichtung, Auswirkungen auf die Landschaft, Energiebilanz usw.).

DIE SCHWEIZ ALS GEISEL DER HANDELSABKOMMEN? Die WTO-Abkommen und die Handelsabhängigkeit der Schweiz als Land, das Waren und Dienstleistungen exportiert, sind der ständig bemühte Vorwand, um jede Änderung unserer Handelspraktiken zu verhindern, gegen jede Änderung zur Förderung der einheimischen Produktion, des Tierschutzes oder ökologischer Anforderungen an importierte Produkte. Das sieht nach einer regelrechten Geiselnahme der gesamten Gesellschaft und ihrer Zukunft durch Handelsabkommen aus. Die Tatsache, dass das Landwirtschaftsabkommen mit der EU, dem wichtigsten Agrarhandelspartner der Schweiz, mit allen anderen institutionellen Abkommen verknüpft ist, veranschaulicht diese Herausforderung der politischen Unterwerfung. Eine identische Funktionsweise findet sich bei den Regelungen innerhalb der WTO.

HANDELSABKOMMEN MÜSSEN SICH WEITERENTWICKELN und die Freiheit und Souveränität der Partner respektieren, Schutzklauseln müssen eindeutig geltend gemacht werden können, wenn die Versorgung und das globale ökologische und klimatische Gleichgewicht gefährdet sind! Die Logik der multilateralen Liberalisierung ist heute tatsächlich festgefahren und jeder Fortschritt stösst auf die divergierenden Interessen zwischen Nord und Süd sowie unter den Industriemächten. Umso wichtiger ist es, Fortschritte in Richtung einer Reform der Regeln zu machen, die den gegenseitigen Nutzen in den Mittelpunkt der Handelspolitik stellt. Ökologische und soziale Überlegungen zu fairer Bezahlung, wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Selbstbestimmung sowie demokratischer politischer Souveränität sollten nicht mehr als Handelshemmnisse betrachtet werden, sondern als Rahmen, in dem sich der Handel bewegen sollte. Diese Rechte müssen Vorrang vor dem liberalisierten Handelsrahmen haben.

ALSO REFORMIEREN ODER ABSCHAFFEN? Die Frage ist wahrscheinlich falsch gestellt. Eine Umgestaltung durch Reformen wird den derzeitigen Status quo de facto abschaffen, während eine sofortige Abschaffung noch ausser Reichweite zu sein scheint. Uniterre fordert die Annahme folgender Massnahmen in Handelsabkommen:

- Anpassung der Importquoten an den Verbrauch.
- Schwellenpreise, die sich an minimalen Produktionskosten orientieren, die an nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken (einschliesslich Sozial- und Tierschutzstandards) geknüpft sind.
- Einfuhrgenehmigungen, die an die Inlandsversorgung gekoppelt sind.
- Weiterentwicklung der Kriterien für Schutzmechanismen. Priorisierung von Handelsmodellen und -verpflichtungen, die flexibel sind und je nach Entwicklung der Rahmenbedingungen und der Märkte geändert werden können. Es ist der Planet, die Versorgung und die lokalen Ökosysteme, die von nun an geschützt werden müssen.
- Bei der Definition und Festlegung multilateraler Handelsregeln sozialen Rechten vor Handelsrechten Vorrang einräumen.



..... ÜBERDENKEN.

DIE SICHERE VERSORGUNG MIT LEBENSMITTELN EIN DISKUSSIONSBEITRAG

Folgender Artikel besteht aus Auszügen des Geschäftsberichts 2022 des Schweizerischen Vereins Industrie und Landwirtschaft (SVIL) und soll als Diskussionsbeitrag verstanden werden:

SEIT DEN 80ER JAHREN GERÄT DIE LANDWIRTSCHAFTLICHE EIGENVERSORGUNG JEDOCH IMMER MEHR UNTER DRUCK: Die WTO verlangte eine Öffnung des Agrarfreihandels. Die warnenden Stimmen, welche die Landwirtschaft weiterhin nicht in die Freihandelsverhandlungen einbeziehen wollten, wie das im bisherigen GATT während Jahrzehnten der Fall war, wurden in den Wind geschlagen samt den historischen Erfahrungen mit Versorgungskrisen. Neu galt in der WTO, dass der Abbau der Handelsschranken auch die Versorgungssicherheit im Ernährungsbereich erhöhe, was sich nun immer deutlicher als Irrtum zeigt, den man hätte vermeiden können. (..)

VON DEN SCHUTZORGANISATIONEN WURDE EINE ÖKOLOGIEDEBATTE EINSEITIG DER LANDWIRTSCHAFT AUFGEZWUNGEN, anstatt zuerst die aus der Gesamtwirtschaft stammenden Konfliktursachen anzugehen. Grüne Reformkreise meinen, man könne das Ökologieproblem durch Herunterfahren der Produktion und eine davon getrennte Naturpflege lösen. (..) Dazu kommt, dass die ökologische Kritik keinen Zusammenhang zwischen der Siedlungsdichte der Schweiz und der schwindenden Artenvielfalt erkennen will, sondern diesen Konflikt allein der Landwirtschaft anlastet. Dabei werden der Landwirtschaft immer einschneidendere ökologische Vorschriften gemacht, ohne dass die gesamtwirtschaftlichen Ursachen angegangen werden. Auch die Labelorganisationen konzentrieren sich allein auf die Vermarktung ihrer Alleinstellungsmerkmale, ohne den gesamtwirtschaftlichen Grundkonflikt der Unterbezahlung der Landwirtschaft anzugehen. (..)

WAREN BISHER DIE GLOBALEN VERSORGUNGSKETTEN GEGEN ALLE WARNUNGEN DAS HAUPTARGUMENT FÜR DEREGULIERUNG UND FREIHANDEL, so sind nun heute die Versorgungs- bzw. Lieferketten der wunde Punkt, der sich in deutlichen Preissteigerungen bei Rohstoffen zeigt.

Damit ist auch die Versorgungslage für die Schweiz — mit einem Selbstversorgungsgrad von knapp 55% und einem hohen Importanteil — vor dem Hintergrund dieser sich steigernden Wirren mehr als unsicher geworden. Aus diesen Gründen ist der Ruf nach einem Plan Wahlen 2.0, analog dem Programm von 1941, die Kartoffel und Brotgetreidefläche zu erweitern und die Ernährung anzupassen, politische Vorsorge. Das heisst heute, eine notprogrammässige Wiederausdehnung der Ackerfläche, Rückgewinnung der Extensivierungsflächen und keine weiteren Gewässerausweitungprojekte, welche der Landwirtschaft, nach Aussage der Schutzorganisationen selbst, bis 50'000 ha bestgelegene und bewässerbare Flächen entziehen.

ES GEHT JETZT UM DIE SICHERE VERSORGUNG BEI GESTÖRTER ZUFUHR, worauf sich die Agrarpolitik pragmatisch auszurichten hat. Die gleichen Überlegungen gelten auch für den geforderten Absenkpfad in der Landwirtschaft. Eine Reduktion der Hilfsstoffe führt zu einem Produktionseinbruch, welcher in der sich abzeichnenden Krise der falsche Moment ist. Um Hilfsstoffe durch eine ökologische Intensivierung ersetzen zu können, muss der heutige Industrialisierungsdruck auf die Landwirtschaft, welcher die ökologische Intensivierung verhindert, behoben werden. Massnahmen, welche die Produktion abwürgen und „kambodschanische Verhältnisse“ [Rückfall in Armut und Hunger] riskieren, sind verfehlt.

(..) Denn dass im Landesversorgungsgesetz die Lagerhaltung gegenüber früher deutlich reduziert wurde, zeugt von politischer Orientierungslosigkeit.

DIE GESUCHTE 'ÖKOLOGISCHE WENDE' kann deshalb gerade nicht bei der Verteuerung der Energie beginnen. Die Reduktion des Rohstoffverbrauches ist das langfristige Produkt einer KMU-getragenen Technologieentwicklung, die nun durch die Sanktionspolitik geschädigt wird. (..) Der ökologische Konflikt gerät auf diesem Weg immer mehr zum ohnmächtigen Anhängsel im wirtschaftlichen Konflikt um die Ressourcen Grundlagen. Durch die Zerstörung selbstversorgender Volkswirtschaften werden international störanfällige Abhängigkeiten und enorme Angriffsflächen für Interventionen, Sanktionen etc. geschaffen. Dies ist offensichtlich der Versuch, die bisherige koloniale Vorherrschaft fortzusetzen.

IN DER SCHWEIZ HAT SICH TROTZ KARGER ROHSTOFFGRUNDLAGE auf Basis der freien globalen Handelsbeziehungen eine starke KMU-Wirtschaft entwickelt. Handel, wie ihn die Schweiz als neutrales Land ohne Verfügbarkeit von territorialen Mitteln betreibt, beruht allein auf der Basis des gegenseitigen Vorteils. Entweder ist der Nutzen gegenseitig oder der Handel kommt gar nicht zustande. Dies charakterisiert die schweizerische Unternehmenskultur im Export. (..)

Quelle:

<http://www.svil.ch/index.html>

UNSER SPENDENKONTO

Banque Raiffeisen Broje Vully Lacs
1564 Domdidier

CCP de la Raiffeisen 17-1378-2

IBAN: CH23 8080 8002 5119 3914 1

UNITERRE - av. du Grammont 9 - 1007 Lausanne

UNITERRE ist von den Steuerbehörden Waadt als gemeinnützig anerkannt. Sie können Ihre Spenden an UNITERRE von Ihren Steuern abziehen.
MERCI!

GREIFT ZUR FEDER!

Wir freuen uns über Leserbriefe oder Texte zu Themen, die bisher vergessen gingen, Themen, die dich und andere beschäftigen, zu denen du etwas zu sagen hast.

Gerne an info@uniterre.ch
Betreff: Zeitung

MÄRKTE UND KLEINE LEBENSMITTELLÄDEN: DAS FEST IST VORBEI.

VANESSA RENFER
BÄUERIN UND SEKRETÄRIN UNITERRE

Nach zwei fast euphorischen Jahren für die lokale Produktion im Direktverkauf ist die Rückkehr zum „normalen Leben“ für die Produzentinnen und Produzenten hart. Die Feststellung ist fast einstimmig. Die Zahlen zeigen im besten Fall eine Stabilisierung auf dem Niveau vor Covid, im schlimmsten Fall eine Verschlechterung. Wo ist die Kundenschaft geblieben?

FÜR VIELE AKTEURINNEN UND AKTEURE der Branche bedeuteten die durch den Covid ausgelösten Umbrüche einen Hoffnungsschimmer. Mit den hermetischeren Grenzen und den Quarantäneverordnungen war die lokale Versorgung im Aufwind. Genau gesagt hatten die Bauern und Bäuerinnen, die Gemüseproduzent*innen und die Lebensmittelhändler*innen einen grossen Mehraufwand an Arbeit, um die Nachfrage nach Lebensmitteln zu befriedigen. Die Konsument*innen konnten nicht nur Produkte kaufen, die sie nicht unbedingt in Supermärkten finden konnten, sondern nahmen sich auch viel mehr Zeit für die Zubereitung ihrer Mahlzeiten. Unverarbeitete Produkte waren beliebt.

EINE KURZE UMFRAGE auf verschiedenen Westschweizer Märkten und in kleinen Lebensmittelgeschäften zeigt, wie gross das Problem ist. Die Zahlen zeigen Umsatzeinbussen zwischen 15 und 40 %. Die Befragten sind jedoch vorsichtig, was die Gründe für diese abrupten Veränderungen betrifft. In Neuenburg zum Beispiel könnten die Umgestaltung der Stände und die Änderung der Standorte eine ebenso wichtige Rolle gespielt haben wie das Desinteresse der Kund*innen.

DENNOCH MÜSSEN SOLCHE RÜCKGÄNGE unsere Verwunderung und sogar unsere Empörung hervorrufen. Nach den Erfahrungen einiger Ladenbesitzenden sind die Kundinnen und Kunden zwar insgesamt treu geblieben, aber der durchschnittliche Wert ihres Einkaufskorbes ist erheblich gesunken. Eine der Erklärungen dafür ist das Ende von Homeoffice. Die Menschen kehrten für ihr Mittagessen zu Kantinen und schnellen Sandwiches zurück.

EINES DER AM HÄUFIGSTEN GEHÖRTEN FEEDBACKS ist jedoch der Wunsch der Kunden und Kundinnen, ihre Freizeit und ihren Urlaub dort fortzusetzen, wo sie im März 2020 aufgehört haben. Eine menschliche und verständliche Reaktion, aber dennoch nicht leicht zu akzeptieren. Und nun ist die Lage für viele kleine Produzentinnen und Produzenten ernst. Wie bei den Pflegekräften ist es verwirrend, wenn man plötzlich den Status eines Helden oder einer Heldin erlangt hat, aber genauso schnell wieder vergessen wird, sobald sich die Situation wieder normalisiert hat.

APPELL AN GEMEINSAME VERANTWORTUNG. Wir, die Produzentinnen und Produzenten, appellieren an die Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes: die Verantwortung, das Wesentliche nicht aus den Augen zu verlieren, nämlich die lokale Produktion unserer Lebensmittel; die Verantwortung, im Rahmen des Möglichen weiterhin diejenigen zu bevorzugen, die das unumstössliche Fundament der Gesellschaft bilden, und nicht die Riesenkonzerne des Lebensmittelhandels; die gemeinsame Verantwortung, die Verbindung zwischen Bäuerinnen und Bauern und den Essenden aufrechtzuerhalten.

DIE ZUKUNFTSAUSSICHTEN SIND NICHT BESSER. Der Krieg in der Ukraine, die drohende Energieknappheit und nicht zuletzt der Klimawandel - all das muss in unseren Köpfen bleiben und uns täglich auffordern, die richtigen Entscheidungen für das Wohlergehen jedes einzelnen Mitglieds der Gesellschaft zu treffen. •

EMB UND ECVC EIN WARNRUF AN DIE EU

BEARBEITET VON BERTHE DARRAS
SEKRETÄRIN UNITERRE

Die Bäuerinnen und Bauern der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC) und des European Milk Board (EMB) haben sich Mitte Juli 2022 zusammengefunden, um in einem offenen Brief an die Europäische Union ihre grosse Sorge über den aktuellen Zustand des EU-Produktionssystems zum Ausdruck zu bringen.

„Die Bäuerinnen und Bauern der Organisationen ECVC und EMB sind tief besorgt und alarmiert. Unser Agrarsystem muss JETZT reformiert werden. Wir haben keine Zeit zu verlieren, denn wir gehen in der EU nicht nur auf dünnem Eis, wir sind an vielen Stellen schon eingebrochen. Es muss jetzt alles getan werden, um unsere Produktionsstruktur in Bezug auf Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit, mit Blick auf die Ernährungssouveränität in der EU und weltweit, nachhaltig zu stabilisieren. Ohne die Menschen in der Lebensmittelproduktion gibt es keine ausreichenden Nahrungsmittel und das ist verheerend für unsere Ernährungssicherheit in der EU.“

Im Folgenden findet ihr weitere Auszüge aus diesem offenen Brief. Obwohl er sich auf die Europäische Union bezieht, ist er durchaus auf die Probleme anwendbar, denen wir in der Schweiz begegnen.

ES IST UNBESTRITTEN, dass Ukraine-Krieg und Corona-Pandemie die EU-Ernährungslage vor sehr schwierige Herausforderungen stellen. Doch es gibt noch einen weiteren ausschlaggebenden Faktor, der die Ernährungssicherheit stark gefährdet: Das aktuelle EU-Agrarsystem. (...)

STATUS QUO DES EU-AGRARSYSTEMS WEDER FÜR DIE LANDWIRTE NOCH FÜR DEN PLANETEN EINE BRAUCHBARE OPTION. Marodierende Produktionsstruktur: Wir verzeichnen einen bedrohlichen Schwund an Bäuerinnen und Bauern. Aufgrund chronisch extrem niedriger Preise für die Produzent*innen im Vergleich zu den Produktionskosten mussten bereits viele Bäuerinnen und Bauern die Lebensmittelproduktion einstellen. Die Landwirt*innen müssen die Produktion aufgeben, weil trotz harter Arbeit der Lebensunterhalt kaum zu bestreiten ist. Im Milchsektor beispielsweise beträgt das durchschnittliche EU-Einkommen pro Stunde für einen Milchviehhalter 4,19 Euro¹, dabei sind es konkret 0 Euro für die niederländischen Produzent*innen und 5,25 Euro bzw. 6,10 Euro für die luxemburgischen bzw. deutschen Kolleg*innen. (...) In wichtigen Produktionsländern wie Frankreich, Deutschland und den Niederlanden geht die produzierte Milchmenge daher zurück.

DIE AKTUELLEN KOSTENEXPLOSIONEN BESCHLEUNIGEN DIESE ENTWICKLUNG, so dass mit der derzeitigen und zukünftig zu erwartenden Produzent*innenstruktur keine stabile Erzeugung von Nahrungsmitteln innerhalb der EU möglich sein wird. Hauptursache für den problematischen Agrarzustand ist die bisherige Ausrichtung der EU-Agrarpolitik auf Billigproduktion & Billigexporte, eine starke Handelsliberalisierung, globale Abhängigkeit und interne Deregulierung sowie die damit verbundenen zahlreichen Krisen im Sektor, die die Erzeugerstruktur zermürbt haben. (...) Die Margen der Produzent*innen sind in den vergangenen 3 Jahrzehnten empfindlich geschrumpft. In der Milchzeugung sieht man diesen Verfall beispielsweise anhand der Net Economic Margin I in der EU, die 1989 3,79 ct/kg Milch betrug und 2019 mit -4,96 Cent/kg² Milch stark in den Negativbereich gerutscht ist. Besonders die kleinen und mittleren Betriebe – das Rückgrat unserer Landwirtschaft und des ländlichen Lebens – aber auch viele grössere Betriebe können unter diesen Bedingungen nicht mehr gehalten werden. (...)

• Die Erzeugerpreise müssen an die Kosten der Produktion gekoppelt werden. Kein Verkauf von Agrarerzeugnissen unterhalb der Produktionskosten! In Spanien sorgt solch eine gesetzliche Regelung im Rahmen der UTP-Richtlinie aktuell tatsächlich für eine Verbesserung der Preissituation. Eine wirksame Verpflichtung, dass der Preis mindestens die Produktionskosten widerspiegeln muss, braucht es auf EU-Ebene. (...)

- Deregulierungsstopp bzw. -umkehr! (...) Passende Kriseninstrumente müssen in das EU-Agrarsystem eingebunden werden. (...)
- Green Deal & Farm to Fork - Nachhaltigkeitsstrategien ohne ausreichenden Einbezug der Produzent*innen und ohne notwendige Umsetzungstools: (...)
- Produzent*innen müssen ins Zentrum der Agrarstrategien gesetzt werden und diese massgeblich mitgestalten. Politik muss mit Landwirt*innen kooperativ zusammenarbeiten. Ausreichende Instrumente zur Erreichung von Nachhaltigkeitszielen müssen bereitgestellt werden, insbesondere durch die Schaffung von Möglichkeiten, sich im Bereich der kurzen Vertriebswege, des fairen Handels und der Gemeinschaftsverpflegung zu entfalten. (...)

Importe nicht im Einklang mit EU-Standards:(...) Im Zusammenhang mit zukünftig höheren EU-Nachhaltigkeitsstandards, die ausserhalb der EU nicht eingehalten werden, sind noch grössere Verwerfungen zu erwarten.

- Dagegen müssen Spiegelklauseln, die gewährleisten, dass importierte Lebens- und Futtermittel den Vorgaben in der EU entsprechen, eingeführt und deren Befolgung durch ausreichende Kontrollen und Sanktionen sichergestellt werden.

Handelsliberalisierungen und Billigexporte setzen einheimische Produktion unter Druck – in der EU und weltweit (...)

- Abhängigkeit von Importen und schädliche Billigexporte reduzieren, indem die Landwirtschaft aus der WHO und Freihandelsabkommen herausgenommen wird. In einer verantwortungsvollen EU-Handelspolitik darf das Dumping von Billigprodukten auf sensiblen Märkten keinen Platz mehr haben. •

DEN VOLLSTÄNDIGEN TEXT FINDET IHR UNTER:

www.europeanmilkboard.org/de/special-content/news/news-details/article/open-letter-by-european-farmers-to-the-european-union.

QUELLE: 1,2 www.europeanmilkboard.org/

Maurus Gerber, Präsident
maurus.gerber@bluewin.ch
Vi 292, 7550 Scuol GR
Tel. 081 864 70 22

Philippe Reichenbach, Vizepräsident
boisdarbre1971@gmail.com
Tel. 079 640 89 63

DAS LICHT DER WELT ERBLICKT.

Wir gratulieren unserer Kollegin Berthe ganz herzlich zur Geburt ihres ersten Kindes! Der kleine Mann mit dem Namen Elia erblickte am 9. September das Licht der Welt. Wir wünschen Elia ein erfülltes und glückliches Leben und den jungen Eltern viel Freude bei der Entdeckung ihrer neuen Rolle. Und wir freuen uns schon darauf, sie bei einer unserer nächsten Veranstaltungen darin zu erleben!

Das Team von Uniterre

AGENDA

Begegnungsallmend
Samstag, 8. Oktober
Ecublens, weitere Informationen folgen.

Welternährungstag 2022
13. - 16. Oktober
Städte als Hotspots der Food Systems Transformation
Trilogie zum Welternährungstag in Genf, Basel und Zürich
Siehe dazu: www.welternahrungstag.ch

2. Landwirtschaftlicher Klimagipfel Graubünden
Samstag, 22. Oktober 2022, 10h-17h
Forum Ried, Landquart
Kosten: 90.-

Saatgut-Ausstellung Grünhölzli
1.-31.10.2022
Gemeinschaftsgarten Grünhölzli, Salzweg 50, 8048 Zürich
Grünhölzli, PublicEye, Swissaid, HEKS

LANDWIRTSCHAFT - WIE WEITER?
DONNERSTAG, 3. NOVEMBER, 19.00 - 21.00 UHR:
„Der ORT“, Marktgasse 34 in Biel
INPUTREFERATE UND PODIUM

Agroecology Works
Ganzer Oktober: Alle Events findet ihr hier:
www.agroecologyworks.ch >tage-der-agrarökologie

Weitere Infos und Anlässe auf:
www.uniterre.ch/agenda

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich David Jacobson 076 562 03 26

BS/BL Florian Buchwalder 079 470 70 48

Bern Daniel Flühmann 078 845 48 99

Jura/JBerner Jura Christine Gerber 032 484 02 41

Aargau Georg Dällenbach 078 645 15 59

Luzern Markus Müller 079 216 40 30

Tessin Noëmi Lerch 079 339 82 07

Graubünden Kesang Bischoff 076 522 71 06

Deutschschweiz: Katharina Schatton 078 740 17 89

IMPRESSUM

Sekretariat/ Werbung
Uniterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne,
021 601 74 67 www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Redaktion
Ulrike Minkner, u.minkner@uniterre.ch
Alberto Silva, a.silva@uniterre.ch

Herausgeber, Verwaltung Mitgliederdatei
Claude Mudry, c.mudry@uniterre.ch
Syndicat Uniterre, Bellevaux 50, 2518 Nods

Übersetzung
Ramona Lerch u. Büro Uniterre

Fotos
Moni Gerlach 1,4,5
Laura Crüzer 2
Laurent Vonwiller 6

Bildbearbeitung
Markus Schönholzer

Druck
Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26
Imprimé sur papier certifié FSC-Mix.